

in die verschiedenen Stadtteile notwendig. Gerade hier zeigt sich die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung und damit auch die unterschiedlichen Sensibilitäten hinsichtlich Teilhabe an Stadtentwicklung. Alleine das Gebiet der Münchener Innenstadt teilt sich wieder in viele Quartiere auf, die unterschiedliche Nachfragestrukturen nach Teilhabe und Bürgerengagement aufweisen (s. Abb. 6). Die Isarvorstadt mit ihrem hohen Anteil hedonistischer Milieus („Experimentalisten und Hedonisten“) und das Lehel als bevorzugte Wohngegend der Postmateriellen illustrieren in der Münchener Innenstadt zwei Quartiere mit vollkommen unterschiedlichen Milieuschwerpunkten. Für die Akteure ist es jedoch wichtig zu wissen, mit welchen Potenzialen von Engagement sie in welchen Stadtteilen rechnen können, welche Ansprachen „den Nerv der Bewohner treffen“, auf welche Partizipationsangebote die Milieus reagieren oder eben nicht. Im Einzelfall ersetzt die alleinige Kenntnis der Milieulandschaft natürlich nicht die konkrete Erhebung und Befragung der Bewohner vor Ort. Sie kann aber durch ihre Funktion als „Wettervorhersage“ Fehler vermeiden helfen und in einer konkreten Zielgruppenansprache münden.

Teilhabe an der Stadtentwicklung – wie geht es weiter?

Der Verbandstag 2006 des vhw unter dem Motto „Mittendrin statt nur dabei – Bürger entwickeln Stadt“ stellt einen wichtigen Meilenstein in der Projektarbeit zur „Bürgerorientierten Kommunikation“ dar. Die Ergebnisse der bisherigen Projektarbeit werden hier einer größeren Fachöffentlichkeit vorgestellt und die Erkenntnisse kritisch beleuchtet. Aufbauend auf den Verbandstag 2006 wird die Arbeitsgruppe Teilhabe um die Städte München, Essen und Hannover herum ihre Arbeit u. a. mit dem Ziel fortsetzen, den interkommunalen Austausch über partizipative Verfahren zu verstetigen. Dabei soll in der Folge der Kreis der teilnehmenden Kommunen stetig vergrößert werden. Die Plattform könnte ein zu bildendes „Netzwerk Bürgerorientierte Kommunikation“ sein, welches dauerhaft Teilhabe an Stadtentwicklung und Wohnungspolitik aus Sicht der Bürger thematisiert und in die Praxis umsetzt. Die erweiterten Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Stadtentwicklung und der Wohnungspolitik, die das Leitbild der Bürgergesellschaft offeriert, sollen auf diese Weise sukzessive ausgefüllt werden.

Dr. Frank Jost

Wissenschaftlicher Referent des vhw e.V., Berlin

Dr. Frank Jost/Thomas Perry

Mein Haus – mein Quartier – meine Stadt Ergebnisse der Trendbefragung 2005 zum Thema Partizipation

Das Leitbild der Bürgergesellschaft umfasst eine erweiterte Teilhabe der Bürger an der Stadtentwicklung, nur: Wie können die Bürger bei Stadtplanung und Stadtentwicklung besser integriert und beteiligt werden? An „Rezepten“ mangelt es nicht. Von A wie Anwaltsplanung bis Z wie Zukunftswerkstatt reicht das umfangreiche Repertoire der Beteiligungsmethoden und -verfahren. Trotz aller Erkenntnisse und Erfahrungen der letzten 30 Jahre Partizipationsarbeit, wesentliche Fragen zum großen Unbekannten – dem Bürger selbst – konnten bislang nur unzureichend geklärt werden. Wie denkt der Bürger über die vielfältigen Themen zur Stadtentwicklung? Unter welchen Umständen ist er bereit mitzuwirken, gar Verantwortung zu übernehmen, und wann ist er überfordert?

Der vhw hat im letzten Jahr Fragen zur Partizipationsbereitschaft in die 3SC® Trendforschung eingespeist. Mit den Ergebnissen werden zwar noch nicht alle offenen Fragen beantwortet, eine erste Annäherung an die unterschiedlichen Beteiligungspotenziale der Bürger kann indes erfolgen. Damit liefert die Analyse nicht nur weitere wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern kann auch für die Akteure der Praxis hilfreich sein.

Politik und Planerfordernis

Das Grundverständnis für die Notwendigkeit von Planung stellt eine wesentliche Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung dar.¹

Dieses Grundverständnis ist in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich ausgeprägt. Schon in der 3SC® Trendbefragung 2003 war das Verständnis für die Planung im Osten höher als

¹ Stadtentwicklung hier auch als erweitertes Feld der Stadt„planung“ verstanden.

im Westen. In beiden Teilen Deutschlands hat dieses Grundverständnis von der Planungsnotwendigkeit nun in der Befragung von 2005 gegenüber 2003 teilweise drastisch abgenommen. Die Aussage „Ich finde es wichtig, dass die Politiker einen Plan haben, wie unsere Städte und Gemeinden in 20 Jahren aussehen sollen.“ unterstützen voll und ganz im Westen nur noch 20 % der Befragten (2003: 28 %), im Osten sank die Zustimmung von 34 auf 23 %. Gleichzeitig verdoppelten sich die Anteile bei der Ausprägung „stimmt überhaupt nicht“ in Ost wie West.

Diese aus staatlicher Sicht durchaus alarmierenden Tendenzen können sowohl als Zeichen von „Planungsmüdigkeit“ als auch als Teil einer Grundstimmung von Lähmung und Stagnation interpretiert werden, die Thomas Perry in Forum Wohneigentum

sum-Materialisten sowohl das Interesse als auch das Gefühl von Relevanz. Sie sind in ihrer Gegend oft nicht verwurzelt, vorwiegend Mieter, leben im Übergang, wissen, dass sie auf Kontinuität heute nicht mehr setzen können (oder wollen). Dies aber ist Voraussetzung, um Verantwortung und damit die Sinnhaftigkeit von aktiver Partizipation zu empfinden, Dringlichkeit zu erkennen und die Energie aufzubringen, um sich in Bürgerversammlungen, Kiezrundgängen, Aktionen oder anderen nachbarschaftlichen Projekten zu engagieren.

Die höchste Zustimmung zum Planerfordernis wird im traditionellen Segment, von Seiten der Konservativen und der DDR-Nostalgischen signalisiert. Ihre prägenden Erfahrungen und ihr Staatsverständnis stammen aus einer Zeit, sei es in Ost oder West, als Planung noch Erfolg versprach, weil Staat und Kom-

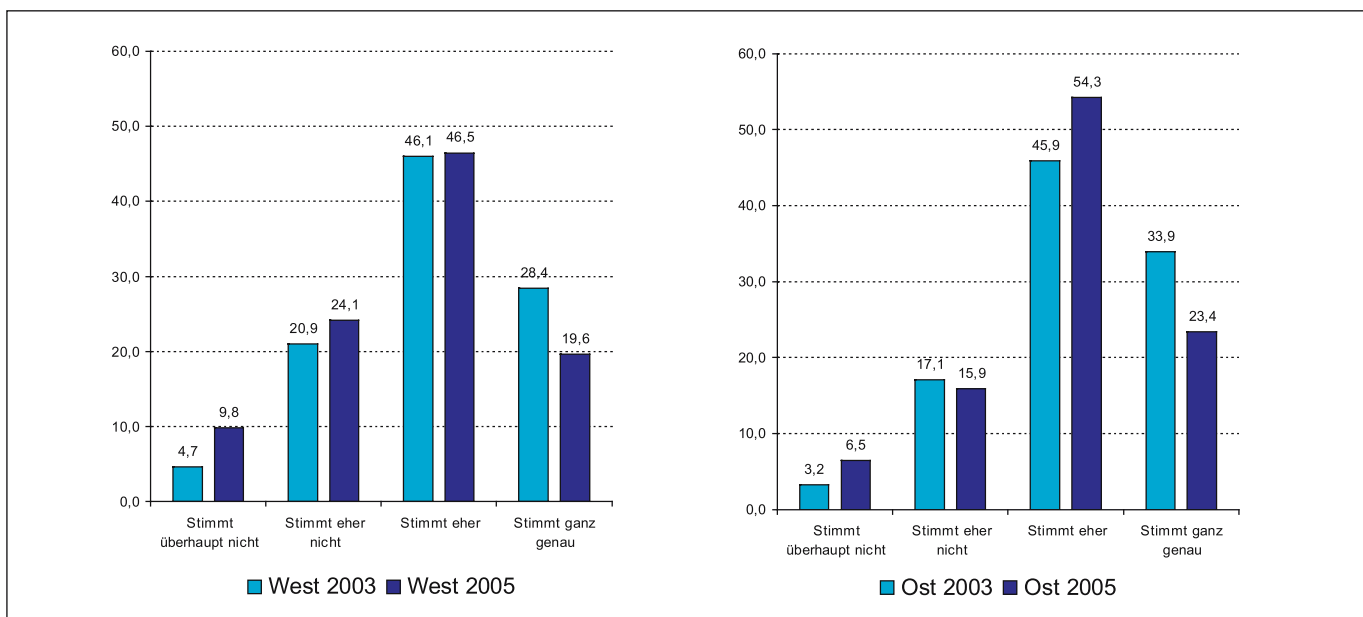


Abb. 1: Politik und Planerfordernis Ost / West 2003 und 2005.

„Ich finde es wichtig, dass die Politiker einen Plan haben, wie unsere Städte und Gemeinden in 20 Jahren aussehen sollen“ (West und Ost in %).

3/2006 (S. 195 ff.) beschrieben hat. Angesichts der in dieser wie in vielen anderen Umfragen dokumentierten, tief greifenden Skepsis gegenüber der Erfolgsträchtigkeit gegenwärtiger Politik und der Gestaltungspotenz staatlicher Planung und Administration herrscht wohl die Einschätzung vor, dass „Planung“ in Zeiten von Schrumpfungsprozessen nicht mehr so notwendig, weil weitgehend machtlos ist. Kurz: ein Zeichen der „Ent-Täuschung“ des Bürgers vor dem Hintergrund der Allmachtsrhetorik der Politik.

Ein Blick in die Lebenswelten der Bürger zeigt, wie umstritten das Planungserfordernis ist. Auf sehr niedrigem Zustimmungsniveau weichen insbesondere „Hedonisten“ und „Konsum-Materialisten“, in zweiter Linie auch „Experimentalisten“ stark nach unten ab. Diese drei Milieus zählen zu denen, die am schwierigsten bei Partizipationsverfahren im Stadtquartier zu aktivieren sind. Die Motive aber sind unterschiedlich. Während Experimentalisten gelegentlich instinktiv auf Distanz gehen und Top-down-orientierte Akzeptanz-Manipulation wittern, fehlt Hedonisten und Kon-

munen nicht nur regulierten und reglementierten, sondern auch investierten und deshalb gestalteten (vgl. Abb. 2, S. 248).

Politik und Bürgerbeteiligung

Wie äußern sich die Milieus nun zu allgemeinen Fragen des Politikverständnisses und des bürgerschaftlichen Engagements? Den 2022 Befragten der Trendbefragung 2005 wurden verschiedene Aussagen vorgelegt, bei denen sie ihre Zustimmung oder Ablehnung abgestuft äußern konnten (vgl. Abb. 3). Sie umfassten die Einstellungen zu parlamentarischer Politik, Engagement und bürgerschaftlichem Grundverständnis. Die tiefe Skepsis gegenüber Staat und Politik, die hier sichtbar wird, ist weder neu noch übersehbar, aber immer wieder erschreckend. Sie bezeichnet einen Verlust an Legitimität staatlicher Stellen, der rein formal zwar durch Wahlen begrenzt, im Alltag aber unübersehbar ist. Dieser Tatbestand darf im Kontext eines Themas wie Partizipation niemals übersehen werden. Er schlägt umso stärker zu

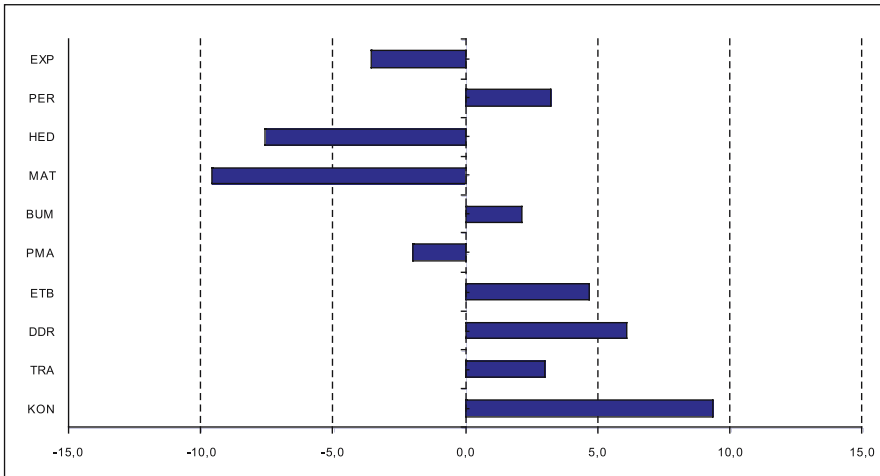


Abb. 2: Planerfordernis: Abweichung der Sinus-Milieus zur Ausprägung „stimm ganz genau“. „Ich finde es wichtig, dass die Politiker einen Plan haben, wie unsere Städte und Gemeinden in 20 Jahren aussehen sollen“, Antwort: „Stimmt ganz genau“.

Buche, je mehr Partizipation als „Erlaubnis zur Meinungsäußerung“, z. B. in amtlichen Verfahren, von oben kommt. Sie ist damit vorbelastet, zuweilen regelrecht „kontaminiert“. Das treibt sie ins Negative, in die Abwehr, statt in die konstruktive Zusammenarbeit, die vielfach gar nicht für möglich gehalten wird.

Dass diese Verdrossenheit bei „DDR-Nostalgischen“ weit überdurchschnittlich ist, wundert nicht. Dass aber auch der moderne Mainstream, also „Bürgerliche Mitte“ und „Konsum-Materialisten“ so reagieren, bestürzt. Gerade wegen der negativen Beurteilung der Politiker glaubt jedoch die Bürgerliche Mitte – verwurzelt, an Depression überhaupt nicht, wohl aber an Beständigkeit und Sicherheit interessiert – überdurchschnittlich daran, dass „Bürger gemeinsam mit anderen viel bewegen können“. Wer sonst soll es tun?

Auch die „Modernen Performer“ schließen sich der positiven Grundeinschätzung zum bürgerschaftlichen Engagement an. Sie sind häufiger bereit zu demonstrieren, wollen die Bürger eher beteiligt sehen. Das entspricht ihrer Grundverfassung. Sie sind im Grundsatz optimistisch, willens und von ihren Fähigkeiten überzeugt, Dinge zu bewegen. Sie wollen etwas leisten und arbeiten an ihrem Erfolg. Wer so denkt, hat häufig wenig Zeit. Das gilt auch für das partizipative wie das ehrenamtliche Engage-

ment. Sie machen damit vor allem deutlich, dass man Prioritäten setzen muss. Und genau da werden sie abwägen, wie wichtig das Thema ist und welchen Preis man für sein Engagement zahlt. Schwerfällige, überbürokratisierte, unflexible und von oben herab agierende Strukturen treiben den Preis schnell nach oben.

Im Gegensatz zu Mainstream-Milieus (BÜM, MAT) und DDR-Nostalgischen haben „Etablierte“ und „Postmaterielle“ weniger Misstrauen gegenüber der Politik. Sie beurteilen politische Strukturen wohl auch realistischer und bringen etwas mehr Verständnis für deren Probleme mit. Dem traditionellen Arbeitermilieu der „Traditionsverwurzelten“ dagegen reicht es vollkommen aus, „über Wahlen an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden“. Die parlamentarische Demokratie repräsentiert ihr Politikverständnis gut, auch wenn die Ausführung oft kritisiert wird.

Mein Haus – meine Straße – mein Stadtquartier ...

Wenn von Teilhabe die Rede ist, lautet die erste Frage meist: „Teilhabe woran?“ Um die räumlichen Bezugsebenen einzugrenzen, wurde das Beteiligungsinteresse nach folgenden vier verschie-

	Total	ETB	PMA	PER	KON	TRA	DDR	BÜM	MAT	EXP	HED	
Mir reicht es vollkommen aus, über Wahlen an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden	18%	14%	8%	21%	23%	30%	16%	18%	10%	14%	22%	
Ich finde: Bürger sollten stärker an der Planung und Gestaltung ihrer Städte und Wohnviertel beteiligt werden	20%	21%	22%	29%	15%	20%	17%	22%	15%	21%	14%	
Ich habe keine Zeit, mich in Vereinen oder Organisationen zu engagieren	15%	12%	9%	23%	10%	13%	17%	14%	21%	18%	13%	
Politiker können versprechen, was sie wollen, ich glaube ihnen nicht mehr	48%	34%	25%	49%	45%	51%	77%	58%	58%	49%	34%	
Ich finde es gut, wenn Leute für ihre politischen Ziele auf die Straße gehen	27%	25%	24%	38%	24%	22%	44%	33%	24%	20%	18%	
Bürger können gemeinsam mit anderen viel bewegen	27%	31%	28%	34%	32%	25%	29%	33%	20%	24%	16%	
	n	2022	203	201	182	94	286	118	329	222	161	225

■ = stark überrepräsentiert
■ = stark unterrepräsentiert

Abb. 3: Politik und Bürgerbeteiligung nach Sinus-Milieus.

denen Maßstabsebenen abgefragt: Haus-, Straßen-, Ortsteil- und Gesamtstadtebene. Hier konnte jeweils zwischen vier Ausprägungen von „nicht interessiert“ bis „sehr interessiert“ geantwortet werden. „Sehr interessiert“ antworteten auf der Haus- und Wohnungsebene 35 %, auf der Straßenebene 29 %, auf der Ortsteilebene 22 % und auf der gesamtstädtischen Ebene nur noch 10 %.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Interesse an Partizipation bei „größeren geplanten Veränderungen durch die Verwaltung“ deutlich abnimmt, je weiter man von der eigenen Wohnung weggeht. Mit Blick auf die Milieus treten die milieuspezifischen Antwortmuster nun immer deutlicher hervor. Vor allem Bürgerliche Mitte, Postmaterielle und Etablierte zeigen sich besonders engagiert. Hedonisten, Konsum-Materialisten und Experimentalisten gehen auf Distanz (vgl. Abb. 4).

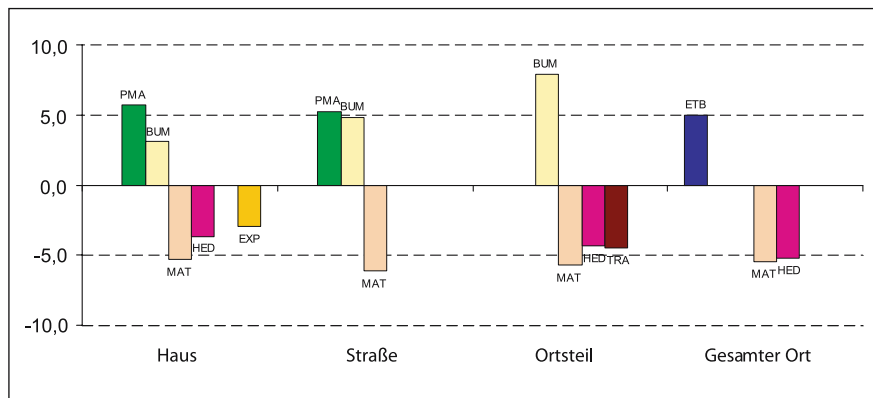


Abb. 4: Beteiligungsinteresse nach Maßstabsebene / markante Abweichungen vom Mittelwert. „Stellen Sie sich bitte einmal vor, für Ihr Haus, für Ihr Wohnviertel oder für den Ort, in dem Sie wohnen, wären von Seiten der Verwaltung größere Veränderungen geplant. In welchen Bereichen wären Sie daran interessiert, in Planungen und Entscheidungen über solche Vorhaben einbezogen zu werden?“ Abweichung des Milieuteils vom Durchschnitt in %-Punkten – nur Personen, die „sehr interessiert“ geantwortet haben.

Zurück zur Nachbarschaft: Den Befragten wurde eine konkrete Frage zur Beteiligung an einer nachbarschaftlichen Aktion gestellt: „Wenn jemand aus Ihrer Nachbarschaft vorschlägt, gemeinsam etwas in Ihrer Wohngegend zu verbessern: Würden Sie mitmachen?“ Auch hier ist das unterschiedliche Antwortverhalten der Sinus-Milieus deutlich ablesbar. Wieder sind es insbesondere die Postmaterielle, die aktiv Hand anlegen würden. Aber auch Etablierte, Bürgerliche Mitte und DDR-Nostalgische lassen sich aktivieren oder würden sich mit einer Geldspende beteiligen. Die höchste „Spendenbereitschaft“ zeigen die Konservativen mit 20 %, die

geringste die materiell nicht sehr gut gestellten DDR-Nostalgischen mit 6 % (vgl. Abb. 5).

Die geringste Partizipationsbereitschaft in der Nachbarschaft zeigen die Milieus der Traditionsverwurzelten und der modernen Unterschicht, Konsum-Materialisten und Hedonisten. Immerhin würden sich noch 16 % der Traditionsverwurzelten mit einer Geldspende beteiligen, insgesamt liegt hier die Beteiligungsbereitschaft aber weit unter dem Durchschnitt aller Befragten.

Ehrenamtliches Engagement

Ein wichtiger Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements stellt das Ehrenamt dar. Stiftungen, Vereine, karitative Organisationen und Netzwerke aller Art kanalisieren dieses große und gesellschaftlich eminent wichtige Engagement. Trotz des hohen Organisationsgrades ist und bleibt der Kern des Ehrenamtes in höchstem Maße intrinsisch motiviert, also im besten Sinne bottom-up und Element eines persönlichen, unmittelbaren sozialen Engagements. Es unterscheidet sich (auch im Verständnis der Menschen) mit Blick auf Partizipation grundlegend von der Beteiligung an top-down, administrativ gesteuerten, politisch oder planerisch motivierten Meinungsbildungsprozessen. Der vhw wollte wissen, in welchen Milieus Neigungen zu ehrenamtlicher Betätigung zu verzeichnen sind (vgl. Abb. 6).

Trotz dieser Unterschiede zeigen sich auch hier wieder die bekannten Strukturen. Konservative und Traditionsverwurzelte, beide aus dem traditionellen Segment, zeigen deutliche Unterschiede in ihren Einstellungen. Während das Bildungsbürgertum dem Ehrenamt einen hohen Rang einräumt und sich ein Engagement mehrheitlich vorstellen kann bzw. schon ehrenamtlich tätig ist, bekunden knapp 60 % der Tradi-

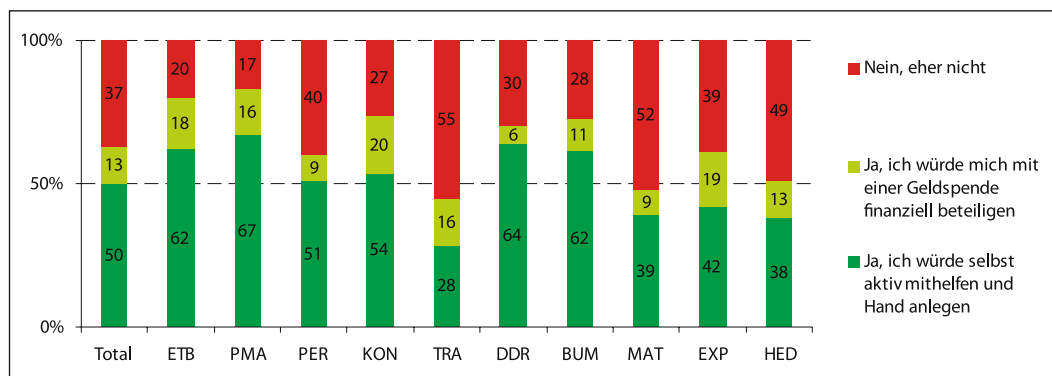


Abb. 5: Partizipationsbereitschaft Nachbarschaft. „Wenn jemand aus Ihrer Nachbarschaft vorschlägt, gemeinsam etwas in Ihrer Wohngegend zu verbessern (z. B. den Spielplatz neu anlegen, ein Straßenfest organisieren, Blumen und Bäume pflanzen etc.): Würden Sie mithelfen?“

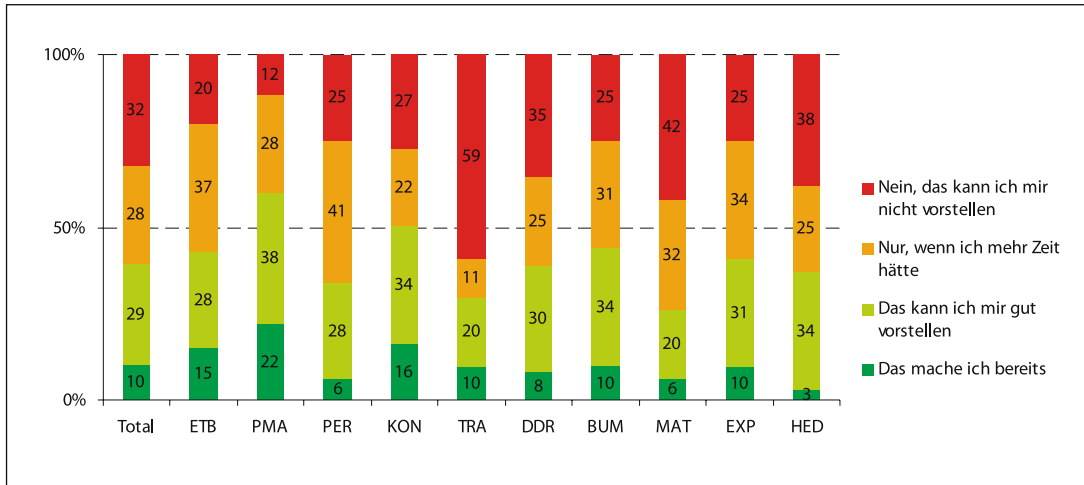


Abb. 6: Ehrenamtliches Engagement allgemein
 „Können Sie sich vorstellen, sich in einem Bereich, der Sie interessiert, ehrenamtlich zu engagieren?“

tionsverwurzelten, dass sie sich ein solches Engagement nicht vorstellen können. Sie gehören damit, gemeinsam mit den Konsum-Materialisten, zu den Milieus mit der geringsten Neigung zum Ehrenamt. Hier schlägt sich neben dem hohen Durchschnittsalter der Traditionsverwurzelten auch nieder, dass sie nicht über die intellektuellen und monetären Ressourcen der Konservativen verfügen.

Das höchste ehrenamtliche Potenzial ist dagegen bei den Postmateriellen abrufbar. Mit 22 % finden wir hier den höchsten Anteil der bereits ehrenamtlich Tätigen.² Trotz der Unschärfen zur Bedeutung des Wortes „Ehrenamt“ liegen die Antworten in einem Trend, den Sinus Sociovision schon seit 1994 in einer Langzeitbeobachtung nachzeichnet. Jährlich werden gleiche Aussagen abgefragt, um die Veränderungen in der Gesellschaft sichtbar zu machen (vgl. Abb. 7).

Die Grafik zeigt, dass der Anteil derer, „die genug mit ihren eigenen Problemen zu tun haben“, seit 1994 ständig steigt. Trotz eines kurzzeitigen Rückgangs zwischen 2000 und 2002 verdoppelt sich nahezu der Anteil derer, die der Aussage voll zustimmen von 26 % auf 51 %. Diese drastische klimatische Veränderung spiegelt nicht nur Unsensibilität und Hartherzigkeit wider. Sie korrespondiert ganz im Gegenteil auch mit dem allseits gespürten, schleichenden Abschied von Überflusgesellschaft und dauerndem Wachstum. Diese Zeiten sind vorbei. Der ziemlich raue und auch für viele unberechenbare Wind der Globalisierung und des schwächelnden Staates zwingt viele, sich auf sich selbst und die eigenen Probleme zu besinnen. Das bedeutet nicht gleich eine Welle des Egoismus, die durch das Land zöge, wohl aber einen neuen nüchternen Realismus mit Blick auf die eigene Situation. Fragen zum bürgerschaftlichen Engagement sind auch vor diesem Hintergrund zu betrachten sowie in

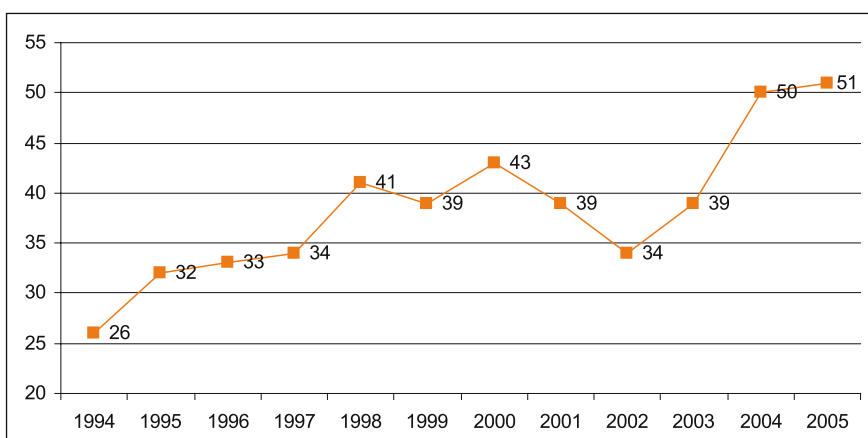


Abb. 7: Langzeitbeobachtung „Ich habe genug mit meinen eigenen Problemen zu tun.“
 „Ich habe genug mit meinen eigenen Problemen zu tun – ich kann mich nicht auch noch um andere kümmern.“ (Zustimmung in %)

² Bei der Frage nach ehrenamtlichem Engagement ist zu beachten, dass der Begriff „Ehrenamt“ nicht für alle die gleiche Bedeutung hat und auch regionale Unterschiede relevant sein können. So kann der Begriff „Ehrenamt“ etwa für jüngere Milieus zwar einen „verstaubten Charakter“ haben, eine Tätigkeit etwa im Sportverein dagegen durchaus vorstellbar sein. Auch ist die Abgrenzung von „Vereinsaktivitäten“ zum „Ehrenamt“ oft nicht scharf genug, wissend um die vielfältigen Aktivitäten von Kleingärtnern, Taubenzüchtern und anderen Interessengemeinschaften. Vor diesem Hintergrund erlaubt die isolierte Frage nach dem Ehrenamt keine abschließende Beurteilung der aktivierbaren Potenziale, sondern muss – wie alle anderen Fragen auch – im Zusammenhang betrachtet werden.

die Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung und Stimmung einzuordnen.

Milieuspezifische Beteiligungspotenziale

Die umfangreichen Kenntnisse über die Einstellungen und Lebensstile der Sinus-Milieus führen in Ergänzung durch die Umfrageergebnisse des 3SC® Trendmonitoring 2005 zu ersten Arbeitshypothesen, die die Partizipationsneigungen der Milieus beschreiben. Diese können zwar derzeit nur umrisshaft die Teilhabeprofile eingrenzen, wissend, dass es immer auch die Ausnahme von der Regel sowie regionale Unterschiede innerhalb eines Milieus geben kann; trotzdem lassen sich die Milieus scharf genug abgrenzen, um zu ersten Aussagen über die Beteiligungseinstellungen der Bürger zu kommen.

Etablierte: Das selbstbewusste Establishment ist fest in die Gesellschaft integriert. Neben dem Interesse an der gesamtstädtischen Entwicklung wird auch Verbundenheit mit dem Stadtteil artikuliert. Die hohe Eigentumsquote führt zu großem Interesse an der Gestaltung des Wohnumfeldes. Allerdings bedarf es immer auch eines Anlasses, der eine einsehbare Beziehung zum wohlverstandenen Eigeninteresse aufweist oder aber Themen berührt, die den Grundcharakter eines gedeihlichen Zusammenlebens im Wohnumfeld betreffen.

Postmaterielle: Dieses aufgeklärte, besonders gut gebildete und mit dem Ideal der couragierten Bürgergesellschaft wohlvertraute Milieu zeichnet sich durch großes Interesse an gesellschaftlichen Prozessen aus. Mit Widerständen gegen eine Überbetonung neoliberaler Patentrezepte, Tendenzen der gesellschaftlichen Entsolidarisierung sowie gesichtsloser, kalter und entsinnlichter städtischer Infrastrukturen (die Bausünden der 1960er und 1970er Jahre als Beispiel) ist hier ebenso zu rechnen wie mit Kritik gegen Schwerfälligkeit, Phantasielosigkeit und formalen Rigorismus staatlicher Behörden bis hinunter zur kommunalen Ebene. Durch ihr großes Interesse an der lokalen Entwicklung und der direkten Nachbarschaft ist insgesamt ein hohes Beteiligungspotenzial an Partizipationsprozessen und an ehrenamtlichen Tätigkeiten vorhanden.

Moderne Performer: Die junge, unkonventionelle Nachwuchselite ist selbstbewusst und in die Gesellschaft voll integriert. Sie hat klare persönliche Ziele, ist ehrgeizig, versteht etwas von Strukturen, kann sie sich aneignen und durchschauen. Sie hat wenig Vertrauen in die Leistungsfähigkeit staatlicher Verwaltung. Wo sie ihre Interessen tangiert sieht, wird sie sie anmelden und einfordern, sofern sie sie nicht im Grundsatz ohnehin berücksichtigt sieht. Ihr Leitbild ist eine funktionierende Stadt, die den Alltag erleichtert, pragmatisch, aber nicht unsensibel handelt, Bürokratie vermeidet, sich als Dienstleister versteht und den Bürger als Kunden in den Mittelpunkt stellt. Man ist

zwar grundsätzlich für mehr Bürgerbeteiligung, hat aber persönlich nur ein eingeschränktes Teilhabeinteresse. Dies liegt auch daran, dass man sich leicht tut, aufkommenden Problemen durch Umzug auszuweichen, statt seine Energie und Zeit auf Probleme zu verschwenden, die man leichter vermeiden als lösen kann.

Traditionsverwurzelte: Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs- und Nachkriegsgeneration ist verwurzelt in der alten, kleinbürgerlichen Welt bzw. der traditionellen Arbeiterkultur. Man spürt, dass die Welt heute andere Wege geht, die man nicht versteht und selten gutheißt. Man sieht sich dadurch zunehmend an den Rand gedrückt, fühlt sich ungeliebt, rücksichtslos überrollt von der Moderne, ja vom Zeitgeist fast verachtet. In der Folge neigt man zu Rückzug, Abgrenzung, Einigelung und Nostalgie. Entsprechend ist das Interesse an der unmittelbaren Wohnumgebung (Maßstabsebene Haus/Wohnung/Grundstück) am größten – weitere Nachbarschaft und Quartier spielen eine untergeordnete Rolle. Allerdings sind in diesem Milieu – soweit das Alter es erlaubt und trotz einiger Bekundungen gegen ehrenamtliches Engagement – viele Vereinsaktivitäten (z. B. Kleingärtner, Taubenzüchter, Kegelclubs) zu verzeichnen.

Bürgerliche Mitte: Der statusorientierte moderne Mainstream glaubt grundsätzlich an die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements, der gemeinsamen Aktion zum gemeinsamen Wohl. Der Fokus liegt dabei auf dem Nahbereich, aber auch das weitere Umfeld hat man im Blick. Die Nachbarschaft ist ein hohes Gut, was sich in einem sehr hohen Beteiligungsinteresse auf Quartiersebene ausdrückt. Dieses Milieu ist ein Aktivposten, wenn es um den Einsatz für gemeinsame Ziele geht. Umso stärker trifft es sie, wenn die Politik unverständlich agiert, sich weit vom Bürger entfernt zeigt und zum gefühlten Gegner wird. Thematisch steht Sicherheit, eine ordentliche (auch familienbezogene) Infrastruktur und wirtschaftliche Prosperität im Mittelpunkt.

Konsum-Materialisten: In diesem Milieu, stark materialistisch geprägt, finden sich viele sozial benachteiligte Gruppen. Hier gibt es wenig strukturierte Zukunftsvorsorge, die kurzfristige Perspektive dominiert. Es fehlen oft die Kompetenzen, die Energie, das Vertrauen in die Erfolgsträchtigkeit wie die Institutionen, um sich bei Themen der Stadtentwicklung zu beteiligen. Je langfristiger der Wirkhorizont solcher Themen und je komplizierter sie sind, desto schwächer fällt das Interesse an Partizipation aus. Dennoch: Dieses Milieu trifft man in problematischen Stadtteilen überdurchschnittlich häufig an, es spielt dort eine wichtige Rolle. Es liegt hier also ganz besonders an den staatlichen Stellen, Wege zu und in dieses Milieu zu finden.

Experimentalisten: Die individualistische neue Bohème lebt ihr Leben in Widersprüchen auch bei der Teilhabe an Stadtentwicklung aus. So wird grundsätzlich eine erweiterte Teilhabe an

Entscheidungsprozessen proklamiert, gleichzeitig ist das persönliche Interesse auf allen Maßstabsebenen eher gering. Es besteht wenig Bezug zur Notwendigkeit von Planung und eine große Abneigung gegen Fremdorganisation. Gängige Top-down-Beteiligungsmethoden werden hier wenig Erfolg haben, stattdessen können die Experimentalisten eher durch „Raum für Ideen“ statt durch „Anleitungen“ erreicht werden. Genau dies aber weist darauf hin, dass Partizipation vieles sein kann und häufig in einer Art stattfindet, die staatliche Stellen nie als solche identifizieren würden. Aus Sicht vieler Experimentalisten steht der Staat dabei eher im Wege, als den Weg frei zu machen. Er scheint weniger auf Partizipation aus, als vielmehr auf Kontrolle, Gängelung oder Verhinderung.

Hedonisten: Die spaßorientierte moderne Unterschicht ist nur schwer für gesellschaftliche Prozesse und Stadtentwicklung zu begeistern. Auch hier gibt es selten nennenswerte Verwurzelung am Wohnort, der Bezug zur Nachbarschaft ist äußerst gering. Problemen versucht man aus dem Weg zu gehen, Verdrängung und Ausweichen sind Standardstrategien. Die Akzeptanz staatlichen Handelns ist gering. Planung liegt der eher kurzfristig orientierten Lebensstrategie nicht. Teilhabe daran ist meist einfach kein Thema.

Konservative: Das alte deutsche Bildungsbürgertum neigt durch seine humanistisch geprägte Pflichtauffassung zu paternalistischen Ansätzen und zu starkem ehrenamtlichen Engagement. Das hohe Grundverständnis für die Notwendigkeit von Planung geht heute oftmals einher mit dem Einfordern von mehr Beteiligung an politischen Entscheidungen. Eine relativ hohe Eigentumsquote fördert das Interesse weiter, ein gutes Verständnis der politischen und administrativen Strukturen erleichtert es. Hohe Spendenbereitschaft.

DDR-Nostalgische: Die resignierten Wendevertreiber äußern auf der einen Seite Politikverdrossenheit und das Gefühl des gesellschaftlichen Ausgeschlossenenseins – auf der anderen Seite haben Bürgerproteste und Planung nicht nur hohes Ansehen, sondern gelten in mancher Hinsicht gar als Tugenden. Die Nachbarschaft hat eine große Bedeutung, was durchaus auch zu Rückzugstendenzen und einer gewissen Wagenburgmentalität führen kann. Beteiligungsansätze in Richtung „Protest-Partizipation“, aber auch im Sinne ehrenamtlichen Engagements und der Bereitschaft zur Mitgestaltung für den Alltag offensichtlich interessanter und hilfreicher Vorhaben dürften bei den DDR-Nostalgischen Erfolgsaussichten haben.

Vorläufiges Fazit

Welchen Nutzen haben nun die Befragungsergebnisse für den praktischen Arbeitsalltag rund um das Thema Partizipation? Zum einen liegen zweifelsohne neue Erkenntnisse zur Beteiligungsbereitschaft der Bürger vor, die man vorher vielleicht nur erahnt,

nicht aber bestimmten Milieus zuordnen konnte. Die Daten aus 2005 haben zudem (was hier allerdings nicht weiter thematisiert wurde) gezeigt, dass Milieuzugehörigkeiten für die Haltung zu Partizipationsthemen mehr Erklärungskraft aufweisen als soziodemographische Merkmale wie Alter oder Bildung.

Durch die Verknüpfung mit Mikrodaten ist die Projektion der Sinus-Milieus in räumliche Ebenen, etwa in Region, Gesamtstadt, Stadtquartier, Siedlung oder Baublock möglich. Dadurch liegen für die kommunale Praxis oder für die Wohnungswirtschaft wichtige Vorinformationen über die Nachfragerseite mit Blick auf Partizipationspotenziale vor. Diese ersetzen indes keinesfalls die direkte Auseinandersetzung mit den Menschen vor Ort. Diese Auseinandersetzung kann durch Befragungen, aber auch durch viele andere Formen und Wege erfolgen. So manche Partizipation findet auch in einer Art und Weise statt, dass sie als solche gar nicht erkannt wird. Es steht der Verwaltung sicher gut an, das Thema Partizipation nicht nur von oben herab, sondern auch von unten herauf richtig zu verstehen. Der Tag könnte nicht mehr weit sein, an dem kommunale Verwaltungen froh über jede

Initiative sein werden, in der sich Bürger ihrer Probleme selbst annehmen. Dann aber wird es auch notwendig sein, deren Art der Gestaltung und Problemlösung nicht nur zu akzeptieren, sondern auch zu unterstützen – auch wenn es nicht die Art und Weise ist, die eine Verwaltung gewählt hätte. Das wird noch viel Toleranz, Selbstüberwindung und ein Umdefinieren der Rolle auf Seiten der Kommunen erfordern.

Die Kenntnis dessen, welche Bedürfnisse und Wünsche Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung berücksichtigen müssen, wie Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden wollen und können, ist ein wichtiger Baustein, um Beteiligungspotenziale für die Stadtentwicklung nutzbar zu machen. Hier ist noch viel zu tun und zu erkunden. Nur durch einen Perspektivwechsel mit dem Bürger im Mittelpunkt ist das neue Gesellschaftsbild der Bürgergesellschaft einzulösen.

Die Analyse lässt in der Summe der Einzelbefunde einige Aussagen und Hypothesen zu, die es in der weiteren Forschungsarbeit zu vertiefen gilt:

1. Die Bereitschaft und das Interesse an Partizipation sind begrenzt. Je mehr man investieren muss (an Zeit und/oder Geld), desto größer sind die Widerstände, desto wichtiger muss das Anliegen sein. Dabei ist vielen das Hemd näher als die Hose: Je abstrakter das Anliegen, desto seltener wird man aktive Partizipation erwarten können.
2. Dies bedeutet keineswegs, dass die Menschen stumm wie Fische dem Geschehen zuschauen. Das Bürgerbewusstsein

ist heute bis weit in die gesellschaftliche Mitte so weit entwickelt, mit Selbstbewusstsein ausgestattet und politikskeptisch geprägt, dass sich wohlverstandenes Interesse, Unverständnis, Ärger oder Wut schnell organisieren. Das Abwehrpotenzial steht immer im Raume. Dass diese partizipative Energie auch zum Anpacken, zum Selbstgestalten im Rahmen oft erschöpfender administrativer Strukturen und Widerstände führt, darf hingegen mit Fug und Recht bezweifelt werden.

3. Je nachdem, wo man seine Erwartungen ansetzt, kann man es aber auch anders sehen: Das Potenzial zum Engagement ist dort erstaunlich hoch, wo die Menschen ihre Themen und Anliegen im selbst gewählten Kontext verfolgen. Das ehrenamtliche Engagement, gelegentlich oder regelmäßig, geht in die Millionen und findet sich auch in den Befragungsdaten in beträchtlichem Maße wieder. Das bedeutet aber noch lange nichts für die Bereitschaft, der Stadtplanung bei ihren Anliegen durch Partizipation zu helfen.
4. Das Gefühl von Bindung an die Wohnumgebung ist zweifelsohne eine wichtige, keineswegs aber hinreichende Voraussetzung für Partizipation. Insbesondere traditionell orientierte Milieus definieren die Bedeutung von Anlässen nicht unbedingt entlang stadtplanerischer Gesichtspunkte und Prioritäten, sondern vermutlich sehr viel stärker entlang eigener lebensweltlicher Prioritäten. Dabei sind übergeordnete, stadtpolitische Gesichtspunkte oft weniger relevant, der eigene Garten aber sehr bedeutsam. Es wundert deshalb nicht, dass insbesondere dort, wo Eigentumsinteressen tangiert werden, die Bereitschaft zur Partizipation beträchtlich zunimmt.
5. Die Bereitschaft zur Partizipation korreliert ohne Frage mit der Bereitschaft zum Engagement in vielen anderen Lebensbereichen. Die höchste Bereitschaft finden wir in Milieus, die ganz generell sehr aktiv ihre Interessen vertreten, die großes Interesse am politischen und gesellschaftlichen Geschehen und/oder an der erfolgreichen Gestaltung ihres eigenen Lebens haben. Wer ohnehin schon engagiert und kompetent ist, wird seine Position auch weiterhin besonders oft vertreten.
6. Die Fähigkeiten zur Teilhabe sind keineswegs gleich verteilt und beeinflussen die Partizipationsbereitschaft sehr direkt. Dabei spielen natürlich auch, aber nicht nur, Bildungsgesichtspunkte eine Rolle. Milieuunterschiede spielen eine stärkere Rolle. Es gibt (Experimentalisten und Moderne Performer sind Beispiel) zudem kompetente Milieus, die sehr selbstbewusst ihre Prioritäten setzen, zwischen wichtig und unwichtig nach eigenen Gesichtspunkten entscheiden, sich mal verweigern, mal die Zähne zeigen, mal sehr kooperativ mitgestalten wollen.

7. Fähigkeiten zur Teilhabe sind allerdings nur eine Seite der Medaille. Die andere ist die Überforderung. Stadtentwicklung und Stadtplanung haben nicht das Recht, sich auf die Komplexität der Probleme zurückzuziehen. Sie haben im Gegenteil die Pflicht, Probleme so aufzubereiten und für Partizipation vorzubereiten, dass auch normale, fachlich nicht vorgeprägte Menschen die eigentlichen Entscheidungen begreifen können. Kommunikation und die Vor- und Aufbereitung von Entscheidungssituationen ist demnach nicht Kür, sondern absolute Pflicht. Hier deutet sich eine neue, geradezu paradigmatische, angesichts der prekären Lage des Staates aber alternativlose Herausforderung für die öffentliche Verwaltung und die Politik an.

Zwei zentrale Hypothesen lassen sich für die weitere Forschung formulieren:

- Partizipation, top-down angesetzt und verstanden als Erfüllungsgehilfe der Planung oder als Prozedur zur Schaffung von Legitimation und Akzeptanz städtischer oder staatlicher Planung, ist und bleibt so notwendig wie zwiespältig.
- Im Sinne der Bürgergesellschaft wird der Wechsel von der Top-down- zur Bottom-up-Perspektive immer mehr zur Pflicht wie zur Notwendigkeit. Die staatlichen und kommunalen Stellen müssen ihre Rolle überdenken. Die des Planers wird schwieriger, die des „Enablers“ immer nötiger.

Dr. Frank Jost

Wissenschaftlicher Referent des vhw e.V., Berlin

Thomas Perry

Director Communication Research, Sinus Sociovision GmbH, Heidelberg



vhw-Fortbildung

- Stadtplanung
- Städtebaurecht
- Immobilienwirtschaft
- Kommunale Organisation und Wirtschaft

Informieren Sie sich über neue Seminare, Tagungen und Symposien des vhw und melden Sie sich online an:

<http://www.vhw.de/seminar>